

## Protokolleintrag vom 31.03.2004

2004/180

### Interpellation von Michael Baumer (FDP) und Theresa G. Hensch-Stadelmann (FDP) vom 31.3.2004: Vision „E-Government der Stadt Zürich“, Umsetzung

Von Michael Baumer (FDP) und Theresa G. Hensch-Stadelmann (FDP) ist am 31.3.2004 folgende *Interpellation* eingereicht worden:

Am 20. Juni 2001 präsentierte der Stadtrat seine Vision „E-Government der Stadt Zürich“. Seither sind 3 durchschlagende Projekte verwirklicht worden: Fristerstreckung Steuererklärung, Umzugsmeldungen für private Liegenschaftsverwaltungen und ein SMS-Reminder für Abfallentsorgung. Im Vergleich mit anderen europäischen Städten steht Zürich schlecht da.

Daher bitten wir den Stadtrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Gründe gibt es für die schleppende Umsetzung? Wieviele und welche Projekte sind derzeit neben den drei genannten in der Pipeline? Wann ist mit deren Fertigstellung zu rechnen?
2. Waren die drei Dienste in der „Strategie E-Government“ geplant, gingen daraus hervor oder hatte die Vision überhaupt keinen Einfluss auf die Entstehung dieser Dienste?
3. Welche weiteren Dienste sind im Zusammenhang mit der Vision E-Government geplant?
4. Wie erklärt sich der Stadtrat den Eindruck, dass das Vorgehen der Verwaltung kaum koordiniert erscheint? Welche konkreten Koordinationsmassnahmen trifft er?
5. Was zieht der Stadtrat aus dem offensichtlichen Scheitern des Projekts „Guichet Virtuel“ des Bundes für Konsequenzen?
6. Wie hoch ist die Nutzung des Angebots „SMS-Reminder“? Was war das diesbezügliche Ziel? Wie hoch sind die Kosten für die Stadt (Infrastruktur, Betrieb, Erstellung)?
7. Sieht der Stadtrat Möglichkeiten, die Prozesse im Zuge der Einführung von E-Government zu vereinfachen und damit Einsparungen zu erreichen oder sieht seine Strategie nur vor, bestehende Abläufe elektronisch durchzuführen? Falls ersteres zutrifft: Welche konkreten Massnahmen trifft der Stadtrat, um das Ziel zu erreichen?
8. Wie sieht die konkrete Kosten/Nutzen-Analyse für die drei genannten Projekte aus? Insbesondere bitten wir um eine Darlegung, wie der Nutzen berechnet wurde.

Was gedenkt der Stadtrat zu tun, damit seine Bürgerinnen und Bürger innert nützlicher Frist sämtliche Formulare, Auskünfte und Bewilligungen elektronisch ausfüllen bzw. einholen können?